Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37 — Sonnabend, den 9. September 1921 — 25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperrt:

Grabsteingeschäft Reiner, **Augsburg**-Pferrsee. Firma Kubentz, **Kalkberge** (Rüdersdorf). In **Stuttgart** sämtliche Betriebe. Friedrich Krapf, **Eisenach**. Firma Horn in **Naumburg**. **Oldenburg** (Firma August Köllner). **Morlesau** (der Basaltbetrieb der Firma Leimbach u. Co. am Sodenberg). Grabsteingeschäft Georg Meder in **Rothenburg** o. T. In **Bremen** Platz Berger und Traube (Grabsteingeschäft).

Streik:

In **Essen** (in sämtlichen Grabsteingeschäften). **Erfurt** (Steinmetzen und Marmorarbeiter), in **Breslau**. In **Ufersmühle** (Bruchbetriebe von Brücher und Ufer). In **Villmar** (Grabsteingeschäft), **Saalburg** (Marmor). In **Brandenburg** a. H. (Grabsteingeschäfte). **Beucha-Grimma-Wurzen** (Pflasterstein und Granitwerkstein). **Eberbach** und Umgebung (Baden), **Coblenz, Köln** (Marmorarbeiter), **Hannover** (sämtliche Betriebe). **Paderborn** (in sämtlichen Grabsteingeschäften, die Kollegen sind alle anderweitig untergebracht).

Aussperrung in der Lausitz. Zum letzten Versuch einer Einigung für die Pflastersteingruppe hatte die Kreishauptmannschaft Bautzen am 2. September nochmals Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Verhandlung eingeladen. Da die Arbeitnehmer das Angebot von weiteren 10 Prozent als Teuerungszulage ablehnten, sperrten die Unternehmer am 3. September sämtliche im Bezirk Beschäftigten aus. Die Aussperrung erstreckt sich auf Demitz und Umgebung, Bautzen, Kamenz, Häslich, Kindisch, Königsbrück. Die Firma **Spaarmann** hatte es so eilig mit der Aussperrung, daß sie, bevor die Verhandlungen beendet waren, den Arbeitnehmern die Entlassungspapiere aushändigte.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Osnabrück, Bennigsen b. Hannover. **Memmingen** (Bayern), **Bochum, Ibbenbüren** i. Westf., **Gotha** und **Seebergen. Trier** (Firma Schüller).

Erledigte Bewegungen.

Fränkisches und Badisches Muschelkalksteingebiet. Der Unternehmerverband bot 1 M. Stundenlohnerhöhung ab 1. September 1921 für alle über 20 Jahre alten Arbeiter. Die badische, bisherige Extrazulage von 15 bzw. 20 Pf. pro Stunde, soll mit eingerechnet werden. Die Akkordteuerungszulage der Steinmetzen soll um 100 Prozen, somit auf 470 Prozent erhöht werden. Die Akkordsätze der übrigen Arbeiter, wie Brecher, Schleifer, Abräumer usw. sollen im Verhältnis zur Stundenlohnerhöhung gesteigert werden. Bei bisherigen Akkordfestsetzungen, die um 30 Prozent die Zeitlöhne übersteigen, soll nur von Fall zu Fall eine weitere Erhöhung gewährt werden. Gelernte Handwerker, wie Schmiede usw., erhalten als „Mindestlohn" den „Höchstlohn der Steinmetzen". Für die Lohngarantieberechnung der Steinmetzen kommt nur noch die 1. Lohnklasse in Frage. Die neuen Zugeständnisse sollen bis 31. Dezember 1921 gelten. Da diese Regelung der Arbeiterschaft nur teilweise Rechnung trägt, wurde der zuständige Schlichtungsausschuß angerufen.

Lithographiesteingebiet. Die Unternehmer boten endlich vom 1. bzw. 2. September 1921 auf die bisherigen Löhne 15 Prozent und vom 1. November 20 Prozent für die verheirateten Arbeiter. Für die Ledigen wurde nur je die Hälfte zugestanden. Die Arbeiterschaft konnte das neuerliche Angebot der Unternehmer nicht anerkennen, da dieses den Zeitverhältnissen nicht entspricht. Der Schlichtungsausschuß muß nun doch entscheiden.

Magdeburg. Die Löhne aller Arbeiter in der Marmorbranche wurden vom 20. August an um 15 Prozent erhöht.

Lauterecken (Pfalz). Der Streik, bei dem einige Mitglieder unseres Verbandes beteiligt waren, ist erledigt.

Königsberg, Pr. Durch Mitwirkung des Schlichtungsausschusses ist unsere Bewegung beendet, sie brachte eine minimale Stundenlohnaufbesserung für alle Gruppen von 10 bis 30 Pf.

Neustettin. Die Sperre über das Grabsteingeschäft von Fuhlbrügge ist aufgehoben, eine Verständigung wurde erzielt.

Zittau. Die Sperre über einzelne Grabsteingeschäfte wird vorläufig aufgehoben.

R.L.T. für den Bezirk Oberlausitz. Die Grundstundenlöhne wurden nach äußerst langwieriger Verhandlung am 31. August 1921, rückwirkend vom 15. August, für Steinmetzen auf 1.00 M., Schleifer auf 0.95 M. und Hilfsarbeiter auf 0.90 M. festgesetzt. Auf diese Grundlöhne kommt die jeweilige Teuerungszulage als Zuschlag. Außerdem werden die Oberlausitzer Granite für die Steinmetzen nach den Sätzen des Oberlausitzer Werksteintarifs und die Riesengebirgsgranite mit 14 M. Grundlohn berechnet.

Granitbezirk Odenwald. Ein Lohnabkommen wurde für den Bezirk getroffen. Siehe Bericht unter „Zahlstellen".

Nürnberg. Der Streik der Marmorarbeiter ist beendet; auch für die Grabsteinarbeiter konnte die Bewegung zum Abschluß gebracht werden; vom 27. August an wurden die Stundenlöhne um 80 Pf., vom 24. September an um weitere 20 Pf. erhöht, so daß er dann 7.20 Mark beträgt.

Schreiersgrün. In den hiesigen Granitwerksteinbetrieben wurde ab 4. September ein Stundenlohn von 7.20 M., vom 1. Oktober an 7.50 M. vereinbart. Die Akkordpreise werden entsprechend erhöht.

Langenaltheim. Mit der Lithographiesteinfirma S. Mezger, Sitz Nürnberg, wurde eine Sondervereinbarung abgeschlossen. Auf die bisherigen Stundenlöhne wird ab 1. September 1921 für Verheiratete und Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand eine Zulage von 20 Prozent und für die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen von 15 Prozent gezahlt.

Unterfranken-Basaltarbeiter. Der abgeschlossene Landestarif gilt auch für die hiesigen Werke. Die Lohnsätze wurden für 2 Termine neu geregelt. Die Sätze der Akkordarbeiter erhöhen sich im Verhältnis zur Zeitlohnerhöhung. Die Handwerker sowie Schmiede erhalten 10 Prozent des Gesamtlohnes als Zuschlag. Die Kleidergeldzulage für Schmiede, Schlosser und Schreiner wird pro Monat auf 12 M. erhöht. Daß bisherige örtliche Zulagen auch weiter zu zahlen sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

Sangerhausen. Der Streik in den Orten Sangerhausen, Eisleben, Nordhausen, Artern und Allstedt ist mit Erfolg beendet. Die Kollegen bekommen in Zukunft immer 10 Prozent mehr als der jeweilige Maurerlohn.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten reckt — täglich kühner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft und die dadurch geschaffenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendigen Sicherungen für den Bestand der demokratischen Republik also fehlten, glauben die Reaktionäre ihre Zeit sei gekommen. Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitzigster Beschimpfungen und schwerster Angriffe. Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalistischen Presse peitscht versteckt und offen zum politischen Mord auf. Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen die Organe der Justiz eine auffallende und ausgesprochene parteiische Milde. Symptomatisch für die innerpolitische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt der an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August an den Reichskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklichst entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der demokratischen Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der rücksichtslose Beseitigung der eingerissenen Mißstände bestimmt versprach und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmerschaft lebhaft begrüßte.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Mit dem geschilderten Schritt Eurer Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die tatkräftigste Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Schart Euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, vergeßt, was Euch sonst trennen mag, laßt allen Bruderzwist und vereinigt Euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erfreulicherweise haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der SPD. und USPD., zu gemeinsamer Abwehr zusammengefunden. An unsere Mitglieder richten wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufgefordert werden, vollzählig zu beteiligen. Es gilt die Sicherung der Existenz der Republik!

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
gez.: P. Graßmann

Von der Innsbrucker Tagung.

II.

In der Schlußsitzung am 22. August (Montag) entspann sich vor Eintritt in die Tagesordnung eine eingehende Debatte. Der Vorsitzende Winckler (Deutschland), teilte mit, daß ein Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands sich zugleich als Vertreter der Moskauer Internationale vorstelle und als Gast den Verhandlungen beizuwohnen wünsche; dem könne nicht stattgegeben werden, da keine der internationalen Zentralen eingeladen und infolgedessen nicht anwesend seien. Die Entscheidung mögen jedoch die Delegierten fällen. Bemerkt sei noch, daß der Vertreter aus Anlaß des im selben Lokale am 22. August beginnenden Internationalen Bauarbeiterkongresses nach Innsbruck gekommen sei. In der Aussprache treten Quaglino (Italien), Lahota (Prag) für die Zulassung ein; Hausmann (Tschechoslowakei), Siebold (Deutschland), Martel (Belgien) sind dagegen, aus Gründen, die vom Vorsitzenden schon angedeutet sind. Die Abstimmung ergibt Nichtzulassung. Die italienische Delegation, die an einen Landes-Kongreßbeschluß gebunden ist, verläßt darauf die Beratungen.

Es wird darauf in die Tagesordnung eingetreten und steht zunächst die Beitragsfrage zur Beratung. Von der deutschen Delegation liegt dazu folgender Antrag vor:

„Der Jahresbeitrag an das Internationale Sekretariat beträgt 5 Prozent vom Landesmitgliedsbeitrag der vollzahlenden Mitglieder. Der Beitrag wird nach der Landeswährung abgeführt."

Müller (Oesterreich) bezweifelt, daß seine Organisation diese Beiträge leisten könne, nachdem ihm aber eine irrtümliche Auffassung nachgewiesen, läßt er seinen Widerspruch fallen.

Vonderwall (Holland) regt an, die Beitragsregulierung, die auch nach seiner Ansicht notwendig ist, auf Grund der Valutaverhältnisse prozentual nach dem Stundenlohn zu berechnen. Siebold (Deutschland) begründet den Antrag zur Beitragsfrage und weist nach, daß augenblicklich keine bessere Regelung getroffen werden könne. Diese Regelung komme auch der holländischen Anregung sehr nahe. Martel (Belgien) sympathisiert mit der Anregung Vonderwalls, die jetzige Regulierung der Beitragsfrage könne nur eine vorübergehende sein, deshalb stimme er dem deutschen Antrage zu.

In der Abstimmung wird dann demgemäß beschlossen.

Der nächste Punkt bringt eine allgemeine Aussprache über die Frage des Wertes der gleitenden Lohnskala, Indexziffern, Lohn- und Akkordarbeit, Tarifpolitik, Werkzeugfrage, Berufskrankheit. Hervorgerufen ist diese Aussprache infolge von drei Anträgen, die vom Internationalen Sekretariat vorliegen. Nach längerer Debatte, an der sich Hausmann, Kolb, Vonderwall, Siebold, Martel, Lapaille, Lahota, Elsner, Lohse, Müller und Rieß wiederholt beteiligen, werden folgende Anträge angenommen:

1. Der Internationale Kongreß der Steinarbeiter beauftragt die Leitungen der Landesorganisationen, bei ihren Regierungen baldige Festlegung besonderer gesetzlicher Schutzbestimmungen für die Steinarbeiter zu verlangen. In diesen Verordnungen sollen enthalten sein:
   Vorschriften über die Raumverhältnisse der Werkstätten, ferner zur Vermeidung der Staubentwicklung. Verbot der Ausübung gewisser Steinhauerarbeiten von jugendlichen und weiblichen Arbeitern. Aerztliche Untersuchung der Lehrlinge beim Eintritt in den Beruf und weitere ärztliche Beobachtung auf den Gesundheitszustand. Genügende Ruhepausen und jährliche Ferien; Abschaffung der Akkordarbeit (als Uebergang dazu ist die Vollgarantie des tariflichen Stundenlohnes zu erstreben). Werkzeuggestellung von den Unternehmern.
2. Gegen die von den Unternehmern unternommenen Angriffe, die sich gegen den durch die revolutionären Bewegungen errungenen Achtstundentag richten, beschließt der Internationale Kongreß der Steinarbeiter, sich mit allen Mitteln den Angriffsversuchen auf den Achtstundentag zu widersetzen und beauftragt das Internationale Komitee in allen Ländern, festzulegen:
   strikte Aufrechterhaltung des Achtstundentages,
   Freigabe des Samstagnachmittags,
   Bekämpfung der Ueberstunden.
3. Der Kongreß begrüßt die Tendenz der Verbände zur Schaffung von Landesarbeitsverträgen und empfiehlt diese mindestens für die Dauer eines Jahres festzulegen, und zwar mit der Durchführung der 45-Stunden-Woche und Festsetzung von Mindestlöhnen. Er ersucht alle Landesverbände, allen Verschlechterungen der heute bestehenden Lohn- und Arbeitszeitbedingungen mit den schärfsten Mitteln entgegen zu treten.
   An die Landesverbände geht das dringendste Verlangen, allüberall für die Einführung von jährlich zu gewährenden Ferien aller Mitglieder hinzuwirken.

Um den in Holland arbeitenden Ausländern bei Arbeitslosigkeit die dortige staatliche Unterstützung zu sichern, regt der Kollege Vonderwall an, eine Aenderung im Regulativ zu treffen. Es wird so beschlossen.

Gewünscht wird noch, besonders von der deutschen Delegation, daß es dem Sekretariat gelingen möge, die nötigen Unterlagen zu beschaffen über Sozialisierungsbestrebungen in der Steinindustrie aus den einzelnen Ländern, damit diese Frage auf dem nächsten Kongreß eingehend behandelt werden kann.

Weiter wird beschlossen, das Sekretariat in der Schweiz zu belassen; zum Sekretär wird Kollege Kolb wiedergewählt.

Nach Erledigung einiger Anregungen zum Regulativ, insbesondere das Abstimmungsverhältnis betreffend, die dem Sekretär zur Erledigung überwiesen werden, wurde die Tagung nach einem zusammenfassenden Schlußwort des Kollegen Winckler geschlossen:

Mit dem Ausgang des Kongresses kann man zufrieden sein. Bis auf den Zusammenschluß im Internationalen Bauarbeitersekretariat und der Nichtzulassung des sich hineindrängenden Kommunisten Bachmann, der sich als Vertreter der Moskauer Internationale ausgab, sind alle Beschlüsse einstimmig zustande gekommen. Wir können deshalb die Hoffnung aussprechen, daß es dem Sekretariat gelingt, die Verbindung mit den noch abseits stehenden Landesorganisationen der Steinarbeiter in aller Kürze herzustellen (Spanien, England, Amerika, Australien usw.). Besonders in den drei letztgenannten Ländern bestehen starke Steinarbeiterorganisationen, die in dem internationalen Ringe nicht gern vermißt werden.

Die Zusammenfassung mit der Bauarbeiterinternationale hat schon etwas für sich und hätte der Genosse Käppler seine Ausführungen vor der Aussprache der Landesdelegierten gemacht, wäre die Frage wahrscheinlich anders behandelt worden, ohne daß es zum Beschlusse der Verbindung schon auf dieser Tagung gekommen wäre. Dazu haben erst die einzelnen Landesorganisationen Stellung zu nehmen. Doch versäumt haben wir jedenfalls nichts, wenn auf einem späteren Kongreß die Zusammenfassung beschlossen wird. Die Organisationsverhältnisse in den nordischen Ländern sind andere wie in Mitteleuropa, sie müssen bei der Frage schon berücksichtigt werden. Es handelt sich bei Beurteilung der Zusammenlegung weniger um ein Prinzip, sondern mehr um eine Zweckmäßigkeit; die direkten Berufsfragen kann nach unserer Auffassung auch am besten nur ein dem Beruf Angehörender behandeln.

Die Abweisung des „russischen" Vertreters mag manchem unserer Kollegen kleinlich scheinen, wir sagen absichtlich scheinen, denn im Zusammenhang mit allem betrachtet, mußte sie erfolgen! Abgesehen davon, daß dieser Vertreter, der Bauarbeiter Bachmann aus Chemnitz, uns als der ungeeignetste dazu erschien und dann ist es keine Art, wenn man kurz vor Toresschluß in eine internationale Tagung sich als Vertreter der Moskauer Internationale hineinzudrängen versucht.

Die sprachlichen Schwierigkeiten wurden besonders durch den Kollegen Kolb überwunden; die italienische Delegation hatte ihren eigenen Dolmetscher mit. Um nun den belgischen Kollegen entgegenzukommen, hatten die Innsbrucker Genossen einen angeblichen Professor der Sprachlehre bestellt, der aber, mitten in die Tagung hineingeschneit, den Faden nicht finden konnte und eine so umständliche Uebersetzung vornahm, daß bald alles verfitzt war. Auf seine Tätigkeit wurde dann verzichtet!

Auf solchen Tagungen bedauert wohl jeder, daß er in seinen jüngeren Jahren sich keine Sprachkenntnisse angeeignet hat. Beim Zusammentritt, beim Wiedersehen alter Freunde schüttelt man sich die Hand, schaut sich an und sprudelt herzliche Worte heraus und merkt dann plötzlich hüben und drüben „Kanitverstahn". Aber trotzdem versteht es die Arbeiterschaft, sich zu finden und voneinander im Organisationsleben zu lernen. Die Klassensolidarität der Arbeiter will keine trennenden Landesgrenzen und überwindet auch die sprachlichen. Das kam auf der Innsbrucker Tagung bei allen Beschlüssen zum Ausdruck, deshalb können wir den Ausgang des ersten Internationalen Steinarbeiterkongresses nach dem großen Weltverbrechen nur freudig begrüßen.

Der ganze Widersinn unserer heutigen Weltwirtschaft mit ihren Sieger- und Besiegtenstaaten kommt in dem Unterschied der Geldwährung beim Eintauschen in österreichische Kronen zum Ausdruck. Für 200 M. bekam jeder von uns 2300 Kronen in die Hand ge-

drückt. So ein Haufen Geld, aber es schmilzt auch recht schnell zusammen. Für die schweizerische, belgische oder holländische Währung ist der Unterschied noch viel krasser, eine wahre Papiergeldflut ergießt sich auf jene Umwechsler. Der Kollege Kolb übernahm einmal für die deutsche Delegation eine Ausgabe. Es waren wohl etwas über 300 Kronen, ihm selbst kostete es nach schweizerischer Währung 2 Frank 10 Centimes, war also eine Bagatelle! Nach deutschem Gelde zirka 28 M. Dieses Beispiel kann noch anders beleuchtet werden: Im Durchschnitt arbeitet ein schweizer Kollege für 2 Frank 10 Centimes 1 Stunde; für denselben Geldwert in Oesterreich gleich 300 Kr. muß ein österreichischer Kollege mindestens — sechs Stunden arbeiten; in Deutschland gleich 28 M. vielleicht 5½ Stunden. Das ist die Fuchtel, die auf jedem lastet und Valuta genannt wird. Das Arbeitsvolk in Oesterreich kann trotz Stundenlöhnen von 50 bis 90 Kronen sich nicht sattessen und kleiden, vegetiert kümmerlich, es geht ihm noch um einige Grade schlechter wie in Deutschland!

Einige Bemerkungen.

In Nummer 24 des „Deutschen Steinbildhauers" beschäftigt sich in einem Artikel Herr Dr. Ing. G. Steinlein, München, mit dem „Bericht der bayrischen Bauberufsgenossenschaft über die Tätigkeit ihrer technischen Aufsichtsbeamten im Jahre 1920". — Wie es scheint, ist der Artikelschreiber mit einem Teil der im Bericht vorgebrachten Beschwerden einverstanden und im Zusammenhange damit kann er es sich nicht verkneifen, der Arbeiterschaft, speziell den Steinmetzen, einige Seitenhiebe zu versetzen. Mit der geschilderten Tätigkeit der Betriebsräte ist er im großen ganzen einverstanden, nur wünscht er, daß alle politischen „Machenschaften" in den Betrieben verschwinden sollen.

Er erklärt, „das ganze Betriebsrätegesetz steht und fällt mit der Freihaltung oder Nichtfreihaltung der Betriebe von politischen Machenschaften. Falsche Rücksichtnahme oder feiges Zurückweichen sind hier nicht am Platze." Sein Wunsch ist also, daß alle Betriebsräte, die sich in den Betrieben mit Politik beschäftigen, von den Unternehmern so schnell wie möglich beseitigt werden. Es ist in der heutigen Zeit unmöglich, die Politik aus den Betrieben zu verbannen. Das heutige Wirtschaftsleben ist eng mit der Politik verbunden, und seine Ausstrahlungen wirken auch in den Betrieben. Wir erinnern nur an die Zeiten des Kapp-Putsches, wo durch die Tätigkeit der Betriebsräte es ermöglicht wurde, die Kappisten niederzuwerfen. Der Generalstreik konnte nur zum erfolgreichen Ende geführt werden, weil die Betriebsräte die Belegschaft ihrer Betriebe fest in der Hand hatten. Gewiß hat der Betriebsrat die Pflicht, das Gedeihen des Betriebes zu fördern. Aber nicht im alleinigen Interesse des Unternehmers, sondern im Interesse der Gesamtheit. Seine Aufgabe geht weiter, als im ausgegebenen Geleise der Produktion mitzutraben. Dabei ist es einfach unmöglich, sich nur wirtschaftlich zu betätigen, und die von dem Artikelschreiber so verpönte Politik ganz auszuschalten. Im übrigen besteht die Gefahr, daß jede selbständige Regung des Betriebsrates zu einer politischen „Machenschaft" gestempelt wird.

Sehr schmerzhaft empfindet er weiter, daß die Steinmetzen in München auf den Werkplätzen nur 45 Stunden, auf den Bauten 46 Stunden arbeiten, und schreibt, wenn von den Arbeitern verlangt wird, daß sie ihr Einkommen zu erhöhen 48 Stunden arbeiten sollen, dieses Anerbieten quasi als Mordversuch bezeichnet werde. Der Widerstand der Arbeiter gegen solches Anerbieten ist nur im höchsten Maße zu begrüßen. Wer den Steinmetzberuf mit seinen Leiden kennt, versteht sicherlich den Standpunkt der Arbeiter. Wer ferner weiß, daß über 80 Proz. aller Sandsteinarbeiter nach jahrelangem Siechtum an der Lungentuberkulose zugrunde gehen, dem ist es ganz verständlich, wenn sich diese Arbeiterkategorie mit aller Macht gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auflehnt. Herrn Dr.-Ing. Steinlein wäre nur zu empfehlen, sich tiefer mit den gesundheitlichen Verhältnissen im Steinarbeiterberuf zu befassen, ehe solche bissige Bemerkungen durch Artikel in die Welt hinaus geschleudert werden.

Recht geben wir dem Artikelschreiber darin, daß es tief bedauerlich ist, wenn Arbeiter nach vollbrachtem Tagewerk noch eigene oder bei andern Unternehmern Arbeit ausführen. Von seiten des Verbandes wird solche Handlung scharf bekämpft und mancher Kollege, der sich auf dieser Bahn bewegt, hat schon die Folgen empfunden. Aber die Schuld liegt hier nicht allein bei den betreffenden Arbeitern, sondern mindestens zum selben Teil bei den betreffenden Unternehmern, die in ihrer Gewinnsucht die Notlage der Arbeiter ausnutzen und Arbeitskräfte nehmen, wo sie nur solche bekommen. Nur die niedrigen Löhne, die noch teilweise in der Steinindustrie gezahlt werden, zwingen leider die Arbeiter zu solcher Nebenarbeit, doch soll damit nicht etwa die Nebenarbeit gutgeheißen werden, was der Verband tun kann, wird gemacht, um es zu unterbinden, das liegt schon im Interesse unserer Mitglieder. Dann wird ferner geklagt, daß die Versicherten sich oftmals den Anordnungen über Schutzmaßnahmen der Aufsichtsbeamten widersetzen. Auch werde im Verkehr mit den Beamten nicht der nötige Anstand gewahrt. Das sind nach Ansicht des Artikelschreibers noch Nachwehen der Revolution, von deren Schäden und Nachteile, die sie dem deutschen Volke brachte, die sei, daß Zucht und Ordnung verlorengegangen sind. Das treffe hauptsächlich ganz besonders bei jüngeren Leuten zu, und zwar aus dem Grunde, — man lese und staune — weil ihnen die militärische Erziehung mangelt. Als organisierte Arbeiter wissen wir, daß der Militarismus mit seinen Gebrechen nie in der Lage war, taktvolle Menschen zu erziehen. Er war gewiß eine Drillmaschine, die durch drakonische Strafen die Menschen nur zu willenlosen Werkzeugen machte und jede freiheitliche Regung mit Gewalt unterdrückte. Der unglückselige Krieg, der Millionen von Menschen hinweg raffte, der die Menschheit verrohte, hat es mit sich gebracht, daß die Moral bei einem Teil der Menschen gesunken ist. Die militärische Erziehung hat demnach dazu beigetragen, ferner die Schieber, Wucherer und Schmarotzer. Bei diesen wäre eine strenge Zwangserziehung viel nötiger am Platze, als bei den wenigen Arbeitern, die erst durch die Roheit des Krieges von ihrer früheren üblichen, na, sagen wir Respektsauffassung eingebüßt haben. Daß die Arbeiter während der Arbeitszeit wieder ein Glas Bier mehr trinken, macht dem Herrn Dr. Ing. Steinlein ebenfalls viel Kummer. Er möchte deshalb gleich, um den Unternehmern ja nicht zu schädigen, wieder die Vesperpause einführen. Er will dadurch verhüten, daß die Zeit nicht verloren geht, wo der Arbeiter außer den Pausen a Bier trinkt. Der Steinarbeiterberuf bringt es mit sich, daß durch die Staubentwicklung bei 7—8 stündiger angestrengter Arbeit ein größeres Durstgefühl erzeugt wird, als in anderen Berufen. Es ist daher erklärlich, daß auch außer den Pausen getrunken werden muß. Wenn der Artikelschreiber nun als Münchner gegen das Biertrinken ist, so soll er mindestens dafür eintreten, daß von den Unternehmern geeignete Getränke zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grunde eine festgelegte Arbeitszeit zu ändern, ist widersinnig. Es zeigt aber, daß der Artikelschreiber mit den Gebräuchen im Steinarbeiterberuf sehr wenig vertraut ist. Die Erfahrung lehrt, daß dort die besten Arbeitsleistungen erzeugt werden, wo die wenigsten Pausen sind. Es berührt eigentümlich, daß kleine Erleichterungen, die sich der Arbeiter erlaubt, gleich unter die Lupe genommen werden und Aenderungen in Vorschlag kommen, die nicht im Interesse des Betriebes liegen. Wundern muß man sich, daß über solche Kleinigkeiten Aufsichtsbeamte im Jahresbericht noch ein Wort verlieren. Ihr Arbeitsfeld ist doch wirklich ein sehr großes und sind dort sicher noch andere Sachen abzuschaffen, als aufzupassen, wieviel Glas Bier der Steinarbeiter außer den Pausen trinkt. Dem Artikelschreiber kann nur empfohlen werden, sich auch um die anderen Gesellschaftsklassen zu kümmern, dort hat er ein solch großes Feld zu berechtigter Kritik, daß zur kleinlichen und übertriebenen Kritik der Lohnarbeiter sehr wenig Zeit übrig bleibt. Speziell in München hört und sieht man Handlungen, gegen diejenigen Ausstellungen, wie sie Herr Dr. Ing. Steinlein aus dem Bericht der Baugewerksberufsgenossenschaft herausschält, um den Steinarbeitern eins zu versetzen, wirklich recht harmloser Natur sind. Harmlos im Vergleich zu dem Verhalten jener Kreise, die zu den besseren zählen und ie immer glauben, dem Lohnarbeiter gute Lehren geben zu müssen. L. J.

Keine Zersplitterung der Hilfsaktion für Rußland.

(IGB.) Der Internationale Gewerkschaftsbund faßte auf der Berliner Konferenz, die am 13. und 14. August stattfand, einmütig den Beschluß, „die schon im Gang befindlichen Sammlungen für die Hungernden in Rußland im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren".

Zu dieser großen Aufgabe internationaler Solidarität war keine Arbeiterorganisation in gleichem Maße berufen wie die Amsterdamer Internationale. Sie vereinigt in ihren Reihen Gewerkschafter jeder politischen Richtung und Anhänger aller drei politischen Internationalen. Trotz der gerade gegen sie gerichteten ununterbrochenen Angriffe der Kommunisten zögerte sie keinen Augenblick, sich zum Anwalt der Hungernden in Rußland zu machen. „Die Vereinheitlichung der gesamten proletarischen Hilfsaktion" war dadurch gewährleistet, daß die Amsterdamer Internationale mit der Tat bewies, daß für sie Gegensätze der Taktik die internationale Einheit der Arbeiterbewegung nicht zu erschüttern vermögen.

Als sie ihren Beschluß bereits gefaßt hatte, trat das Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, der Sekretär Münzenberg und ein deutscher Vertreter mit dem Ersuchen an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, Mertens, Oudegeest und Fimmen heran, eine Internationale Zentralstelle zur einheitlichen Leitung des Hilfswerkes zu schaffen. Zu diesem Antrag konnte sich der Vorstand nur ablehnend verhalten. Sein Beschluß bot genügende Gewähr zur Vereinheitlichung der Hilfe. Diese Ansicht wurde durch die Aeußerungen der Presse in allen Ländern bestätigt. Außerdem erheischte die bisherige Haltung der Kommunistischen Internationale und ihrer Führer eine Beglaubigung dieses Antrages, eine direkte Aufforderung ihres Vorstandes zur gemeinsamen Aktion.

Diese Vorsicht war nicht unbegründet. Selbst diese Gelegenheit, wo internationale Kameradschaft die Losung sein sollte, wird zu mehr oder minder versteckten Angriffen auf die Amsterdamer Internationale mißbraucht. Es ist eine bedenkliche Methode, für die Einheit des russischen Hilfswerkes zu sorgen, wenn neuerdings das Auslandskomitee die Behauptung verbreitet, daß „gerade die politisch Interessiertesten, die meist auch gleichzeitig die organisatorisch regsamsten und aktivsten Arbeiter sind, durch die Verbände des Internationalen Gewerkschaftsbundes nur zum Teil erfaßt werden".

Geradezu niedrig aber ist die gemeine Verdächtigung, die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in einem Schreiben vom 13. August an den Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands auszusprechen sich nicht scheut:

„Die Frage der Hilfeleistung der hungernden Gouvernements Sowjetrußlands ist eine der wichtigsten aktuellen, politischen Fragen. Die Kampagne um diese Frage fängt erst an, und es wird zweifelsohne ein politischer Kampf entbrennen: Die internationalen Sozialdemokraten und die Unabhängigen wie auch ihre Schutzherren, die Bourgeois, werfen mit jedem Tage die Maske immer mehr von sich und zeigen den wahren Geist ihrer „Unterstützung". Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands muß imstande sein, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und alle Werktätigen, die Sowjetrußland helfen wollen, um sich zu vereinigen."

Dieses Schreiben ist vom gleichen Tage datiert wie der einhellige Beschluß der Amsterdamer Internationale zur Hilfe für Rußland. Da das Auslandskomitee für Russenhilfe im Auftrag der Kommunistischen Internationale handelt, wirft die angeführte Stelle vielleicht auch ein Streiflicht auf den wahren Charakter seiner „Vereinheitlichung" der Hilfsaktion.

In diesem Augenblick diesen Entstellungen und Verleumdungen entgegenzutreten, entspricht nicht der Größe der Aufgabe, die der Internationale Gewerkschaftsbund übernommen hat.

Um der drohenden Zersplitterung der Hilfsaktion für Rußland und Georgien vorzubeugen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund im Einklang mit seinen bereits veröffentlichten Kundgebungen alle Arbeiter auf, das für die Linderung der Not in Rußland bestimmte Geld an die von den Landeszentralen der Gewerkschaften bestimmten Sammelstellen abzuliefern, damit unseren russischen Kameraden auf schnellstem Wege tatkräftig geholfen werden kann.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erwartet von allen Arbeitern, daß sie trotz der unwürdigen Unterstellungen Sinowjews ihr Bestes tun werden, um das Hilfswerk für Rußland zu einem Wahrzeichen proletarischer Gemeinschaft zu machen. Keine bessere Antwort kann der Kommunistischen Internationale erteilt werden, als ihr schnödes Mißtrauen durch Opferwilligkeit zu beschämen.

Aus den Zahlstellen.

Saalburg. Neue Besen kehren gut! Diesen alten Spruch will der neue Direktor der Saalburger Marmorwerke, Herr Kaye, anscheinend auch zu Ehren bringen. Seine Tätigkeit begann er im Frühjahr dieses Jahres damit, daß er zuerst die Gesinnung der Angestellten auf Herz und Nieren prüfte. Er fand auch bald ein Opfer in der Person des Werkmeisters Vorwitt. Dessen Verbrechen bestand darin, daß er sich und seine Kollegen in der Afa organisiert hatte. Es gab allerdings ein kleines Hindernis zu überwinden, doch ein echter „teutscher" Mann wie Herr Kaye kennt keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Vorwitt war kurz vorher als Vertreter der Angestellten in den Betriebsrat gewählt worden. Herr Kaye fand aber doch heraus, daß ein kleiner Formfehler bei der Wahl unterlaufen war und focht die Wahl mit Erfolg an. Diesen Zeitpunkt benutzte Herr Kaye sofort, um den unliebsamen Angestellten unschädlich zu machen, indem er dessen Entlassung aussprach. — Durch diesen Erfolg ermutigt, mußte sich Herr Kaye natürlich nun auch an der Arbeiterschaft versuchen, um ihr die dummen Organisationsgedanken auszutreiben, und sie womöglich zu willenlosen Schäflein der Deutschnationalen zu machen. Gelegenheit dazu sollte

Die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen.

V.

Wir kommen zur Frage der Erweiterungsmöglichkeiten der Natursteinbetriebe und der Konkurrenz mit dem Kunststeinmaterial.

Meiner Ueberzeugung nach ist die Natursteinindustrie erweiterungsfähig, trotz der darniederliegenden Bautätigkeit, und zwar schon aus dem einfachen Grund, weil eben eine große Zahl von Natursteinen nicht durch Kunstprodukte ersetzt werden kann — oder aus verschiedenen Gründen nicht ersetzt werden sollte!

Neben technischen spielen hier auch künstlerische Fragen, Stilgefühl, eine wichtige Rolle. Es wäre z. B. eine Geschmack- und Stillosigkeit, in einem Gebiet des Buntsandsteins, wo dies Material in bester Qualität ansteht, eine Eisenbetonbrücke zu bauen, zu der überdies der allergrößte Teil des Materials herbeigeschafft werrden müßte.

Im Gebiet der Pflastersteinvorkommnisse wäre es z. B. falsch, an Stelle eines Pflasters von langer Lebensdauer kurzlebige Asphaltierungen oder etwas ähnliches auszuführen.

Es liegen Beispiele vor, wo in einem Granitgebiet aus „Sparsamkeitsrücksichten" billige Schlackensteine verwendet wurden. Nach wenig Jahren sieht das Pflaster bös aus, und die Notwendigkeit, ein neues und gutes Pflaster auszuführen, ist die Folge.

Stes wird der Naturstein zu Sockelteilen, als Fenster- und Türrahmen, als Treppenstufen usw. aus praktischen und ästhetischen Erwägungen dem Kunstprodukt vorzuziehen sein.

Unentbehrlich ist der Naturstein als Bordstein, sowie überall da, wo starke mechanische Beanspruchung stattfindet; ebenso für alles Trockenmauerwerk — Cyclopenmauer —, wie für Schotterung bei Bahn- und Straßenbau.

Hier müssen Staat und Gemeinde als Auftraggeber und Abnehmer eine wichtige Wirtschaftspolitik treiben und dem bodenständigen Natursteinmaterial sein Recht voll und ganz einräumen. Ebenso wird für viel industrielle Zwecke, wo säurefestes Material benötigt wird, Granit und kieseliger Sandstein sich nicht verdrängen lassen.

Es wäre natürlich falsch, einfach blind gegen den Kunststein und Beton ankämpfen zu wollen, da diese Materialien ihre wohlbegründete Daseinsberechtigung erworben haben, und da sie Industrien von höchster technischer und wirtschaftlicher Bedeutung umfassen; zum Teil wird sogar die Natursteinindustrie und die Kunststein- und Betonindustrie zusammenarbeiten müssen, z. B. da, wo Abfall guten Materials ausgezeichneten Split für hochwertigen Beton liefert, oder wo aus den Abfällen Kunststeine gemacht werden können.

Vor allem muß es stets heißen: Jedes Ding am rechten Ort; und Geschmack und Stilgefühl müssen so erzogen werden, daß edles, vornehmes, dauerhaftes Material, da wo es hingehört, nicht durch Ersatzstoffe verdrängt wird!

Ueberall, wo es sich um künstlerisch hochstehende Bauten und andere Kunstwerke handelt, vom einfachen Brunnen bis zum Monumentalbau, vom kleinen Briefbeschwerer bis zur großen Skulptur oder zum Denkmal, muß auch in unserer Zeit und für alle Zukunft Wahl edeln Materials oberster Grundsatz sein. Für Werke von künstlerischem Dauerwert ist das vornehmste und dauerhafteste Material gerade gut genug.

Wo wären die wunderbaren Kunstwerke der Babylonier und Aegypter, wo die der Griechen, wo die der romanischen Zeit und die der Gotik, wenn damals nicht dauerhaftes Material gewählt worden wäre?! Wer möchte die wuchtige Größe eines Granitwerks, wer die Farbe und das Material eines Buntsandstein-Domes missen, wie ihn der deutsche Meister Erwin von Steinbach getürmt?! Wir haben im Kunstgewerbe endlich gelernt, wieder zu gediegenem Material zurückzukehren, und sollten jetzt den reichen Besitz an edelstem Natursteinmaterial nicht voll auswerten!

Auch in schweren Zeiten deutscher Vergangenheit entstanden wunderbare Bauwerke, sollten wir uns darin kleiner zeigen als unsere Vorfahren?!

Auch die Veredelungsindustrie hat ein volles Anrecht auf nachdrückliche Berücksichtigung; wir besitzen einen solchen Schatz von hervorragend schönsten Marmoren, daß wir das Ausland überhaupt nicht brauchen, sondern selbst exportfähig werden können.

Lassen wir uns nicht von dem voll und schön klingenden italienischen Namen suggestiv beeinflussen.

Allerdings tönt es voll und repräsentativ an unser Ohr und an das des glücklichen Bauherrn, wenn er sagen kann, daß ein „Porphido rosso", ein „Giallo", ein „Veneto rosso", ein „Paonazzo", ein „Verde antiko" usw. sein Treppenhaus ziert, und wenn er das seinen Gästen erläutern kann. — — Es klingt aber viel schöner, wenn er sagen kann, wir brauchen den sacro egoismo des alten Dreibundsangehörigen nicht mit deutschem Geld zu füttern: das wunderbare Material ist deutsch, das wuchs in deutschem Boden.

Vor allem müssen unsere Künstler Kenntnis von den wertvollen Eigenschaften und der Schönheit unserer Gesteinsbodenschätze erhalten, und es dürfen nicht widersinnige Verordnungen gemacht werden, die die Verwendung eines hochwertigen, künstlerisch wirkungsvollen Materials, wie des Granits, für Denkmalzwecke, z. B. auf Friedhöfen, verbieten, wodurch ganze Industrien plötzlich schwer geschädigt werden und Unsummen an Nationalvermögen verloren gehen.

Künstlerisch wertloser Kitsch kann in jedem Material gemacht werden, den wollen wir fernhalten.

Noch heute aber stehen Künstler wie Kunstkenner bewundernd vor Granit- und andern Hartsteindenkmälern der Assyrer und Aegypter und sind dankbar, daß keiner der Pharaoen ein Granitverbot erlassen hat.

Hier heißt es in erster Linie freies Selbstbestimmungsrecht des Künstlers in der Wahl des Materials, das er für seine Zwecke für geeignet hält, ohne bureaukratische Bevormundung.

Schluß.

Ich behandelte hier die Frage der Gesteinsvorkommen Deutschlands als unparteiischer Fachmann, als Geologe, der weiß, was wir besitzen und was das Ausland besitzt, und ich sprach als Deutscher, dem der Wiederaufbau unseres Vaterlandes am Herzen liegt.

Wir alle müssen unablässig sinnen und denken, wie jeder in seinem Wirkungsbereich mithelfen kann an diesem Werk.

Es ist heilige Pflicht des einzelnen, der Gemeinde und vor allem auch des Staates selbst, alle ernste Arbeit zu fördern, die diesen Bestrebungen dient.

Es ist Pflicht der Selbstachtung und deutschen Stolzes, den zu haben wir ein wohlverdientes Recht besitzen, uns von der Ausländerei freizuhalten.

Der Handel und die Industrie schaffen die Werte, die dem deutschen Arbeiter das Brot geben und den Gemeinden wie dem Staat die Mittel verschaffen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Wichtige Grundlagen für diese Produktionsmöglichkeiten liefert die Wissenschaft.

Die deutsche Steinindustrie hebt Schätze aus deutschem Boden; schon Selbsterhaltungstrieb und kluges wirtschaftliches Denken gebieten allen Kreisen, diese Arbeit mit aller Kraft zu fördern; dann wird auch die Natursteinindustrie blühen zum Wohle Deutschlands!

Daß dem so werde, aus dunkler Zeit empor zu einer glücklicheren Zukunft: **Glück auf!**

Eine interessante Entdeckung

die in Fachkreisen Aufsehen erregte, wurde kürzlich bei dem Orte Groß-Kunzendorf im Kreise Neiße, dem Mittelpunkt der schlesischen Marmorindustrie, gemacht. Seit vielen Jahren wird in unmittelbarer Nähe dieses Ortes in zahlreichen Brüchen der bekannte schlesische Edelmarmor gewonnen. Die schönen, hellen Farbentönungen, sowie die Wetterbeständigkeit, welche diesen Marmor auszeichnen, gaben Anlaß zu einer regen Industrie, die vor allem Denkmäler, Möbel- und Bauarbeiten, sowie Schalttafeln für die Elektrizitätsindustrie liefert.

Neben den sonst vorherrschenden weißen und bläulichen Marmorschichten wurde nun unerwartet ein gelbes Marmorvorkommen entdeckt. Beim Polieren nahm dieser Marmor Hochglanz an und zeigte eine schöne goldgelbe Grundfarbe, die von feinen, schwarzen Adern durchzogen wird. Interessant, aber bisher ungelöst, ist die Frage, wie dieser gelbe Marmor, der nicht kristallinisch ist, sich neben den kristallinischen weißen und blauen Marmorschichten, die für Schlesien typisch sind, bilden konnte.

Gebrochen wurden von diesem farbenseltenen Marmor bisher einige Blöcke. Ein Urteil über die Ausdehnung der gelben Schichten läßt sich zur Zeit noch nicht geben, da man noch mit den Aufschließungsarbeiten beschäftigt ist. Immerhin gibt dieses neu entdeckte Vorkommen wiederum ein Beispiel für die Farbenmannigfaltigkeit des deutschen Marmors.

Daß wir hinsichtlich der Menge an Marmor in Deutschland unbesorgt sein können, beweisen u. a. die umfangreichen Brüche an den Nordabhängen der Alpen unweit des Tegernsees, im Bayrischen Jura bei Treuchtlingen und Weißenburg, im Fichtelgebirge bei Hof, im Lahntal bei den Orten Weilburg und Balduinstein, in Westfalen in der Umgegend von Allagen.

ihm bald werden. Die Teuerung veranlaßte auch die Arbeiterschaft, durch ihren Verband Lohnforderungen zu stellen, um ihre niedrigen Löhne etwas aufzubessern. Die verlangten Sätze waren sehr bescheiden gehalten. Als Höchststufe für gelernte Arbeiter über 24 Jahre wurden 5.50 M. und für Hilfsarbeiter 5 Mark gefordert. Das bisherige Entlohnungssystem war ein ganz willkürliches und sah für Arbeiter über 24 Jahre Löhne von 3.75 M. bis höchstens 4.80 M. vor. Den letzteren Satz bekam aber nur ein einzelner. Von der Arbeiterschaft wurde Wert darauf gelegt, diesen Zustand zu beseitigen durch Abschluß eines Tarifes. In der darauffolgenden Verhandlung erklärte Herr Kaye aber kategorisch, daß seitens der Firma nicht beabsichtigt würde, am bisherigen Modus, der sich durchaus bewährt habe, etwas zu ändern, daß im Gegenteil großer Wert darauf gelegt werde, den alten patriarchalischen Zustand auch fernerhin beizubehalten. Das war des Pudels Kern. Bewährt wird sich das patriarchalische System schon haben, aber nur zugunsten der reichen Gesellschafter der Firma. Das war anscheinend sogar dem anwesenden Vertreter des Arbeitgeberverbandes zu bunt, denn er machte unter der Hand den Vorschlag, wir sollten nur vorläufig die angebotenen 20 bzw. 25 Pf. auf die alten Löhne annehmen, es sollte auch bis zu einem bestimmten Tage ein Tarif abgeschlossen werden. Um des lieben Friedens willen hätte die Arbeiterschaft sich schließlich diesem Verschleppungsmanöver auch gefügt, wenn auf der anderen Seite mit der Lohnzulage etwas mehr Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Alles Reden war aber umsonst. Es blieb deshalb kein anderes Mittel als die Arbeitsniederlegung übrig. Das hatte man anscheinend nicht erwartet, im Gegenteil wohl damit gerechnet, daß sich genügend Verräter finden würden, um den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten. Nun versucht Herr Kaye mit allen Mitteln einen Keil in die geschlossene Arbeiterschaft zu treiben. Es vergeht bald kein Tag, an dem nicht an allen Ecken des Städtchens seine Anschläge zu sehen sind. Mit der Streikleitung zu verhandeln wird grundsätzlich abgelehnt, er gebraucht dazu die Begründung, daß durch die erfolgte Entlassung der Streikenden eine Arbeiterschaft im Werke nicht mehr vorhanden sei und daher auch mit keiner solchen verhandelt werden könne. Wer etwas wolle, solle nur einzeln im Bureau erscheinen. Daselbst lägen auch Listen aus, worin sich Arbeitswillige einzeichnen können. Bis jetzt ist der Sirenenklang des Herrn Kaye aber vergeblich gewesen. Einig wie am ersten Tage steht die Arbeitnehmerschaft heute noch. Und so wird es auch bleiben! Herr Kaye will aber auf jeden Fall einen Sieg auf der ganzen Linie erringen nach dem Beispiel seines „großen" Vorbildes Ludendorff. Nachgeben wäre eines deutschnationalen Landtagskandidaten unwürdig. Der Schlichtungsausschuß Gera hat nun von Amts wegen eingegriffen und die Parteien zu Einigungsverhandlungen geladen. Die Firma aber hat es abgelehnt, zu erscheinen. Wie kann man auch verlangen, daß man sich so einer Errungenschaft der Revolution stellen soll. Wir wollen Herrn Kaye schon heute verraten, daß es noch Mittel und Wege gibt, um auch ihn zur Vernunft zu bringen. An den Streikenden wird es nun liegen, Herrn Kaye zu beweisen, daß er mit seiner Taktik der Drohungen und Einschüchterungen auf dem Holzwege ist. Die schönen Zeiten von früher sind auch im Reußer Oberlande unwiderruflich dahin. Der Kampf geht ja auch nicht um einige Pfennige Lohnerhöhung, sondern um Vernichtung der Arbeiterbewegung in diesem abgelegenen Erdenwinkel überhaupt. Herr Kaye hat sich anscheinend das Ziel gesteckt, Saalburg und Umgegend zu einem deutschnationalen Paradies zu verwandeln, um sich für die Landtagswahlen bei denen, die nicht alle werden, in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der Streik hat sich deshalb zu einer Angelegenheit der gesamten oberländischen Arbeiterschaft ausgewachsen. Diese hat deshalb alle Ursache, in jeder Beziehung Solidarität zu üben, um Herrn Kaye das Handwerk zu legen.

Heppenheim (Odenwald). Granitbezirk. Die beantragte Teuerungszulagenerhöhung von 100 Prozent konnte in der zweiten Verhandlung am 29. August zum Abschluß gebracht werden durch folgende Vereinbarung: Akkordarbeiter erhalten ab 15. August bis 14. Oktober eine Erhöhung der Teuerungszulage um 50 Prozent, mithin 460 Prozent. Vom 15. Oktober ab tritt eine weitere Erhöhung um 50 Prozent ein, so daß von diesem Zeitpunkt an 510 Prozent Teuerungszulage bezahlt wird. Die Stundenlöhne: Gelernte, vollwertige Stößer und Schmiede erhalten vom 15. August einen Stundenlohn von 6.05 M., vom 15. Oktober 6.60 M. Vollleistungsfähige Steinhauer vom 15. August pro Stunde 5.60 M., vom 15. Oktober pro Stunde 6.15 M., ferner erhalten diejenigen Steinhauer, die alle Arbeiten leisten können, eine Sonderzulage von 15 Pf. auf die Stundenlöhne. Vollwertige Hilfsarbeiter vom 15. August pro Stunde 4.50 M., vom 15. Oktober pro Stunde 4.95 M. In der ersten Verhandlung am 22. August machten die Unternehmer nur minimale Zugeständnisse. In der am 23. August stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, daß, wenn bis zum 27. August unserer Forderung nicht mehr Entgegenkommen gezeigt wird, die Arbeit einzustellen sei. Von seiten der Bezirksleitung wurde alles in die Wege geleitet, um die Sache bis dahin in Ordnung zu bringen. Der 1. Unternehmerverbandsvorsitzende Herr Reinmuth war aber bereits am 23. August zu einer wichtigen Sitzung nach Schlesien abgereist und war seine Rückkehr vorm 28. August nicht zu erwarten. Es wurde deshalb der 2. Vorsitzende, Herr Wetterhahn-Mannheim, von der Forderung verständigt, und sagte dieser auch seine größte Bereitwilligkeit zu. Er setzte auf Sonnabend, den 27. August eine Vollversammlung für die Unternehmer an, um unsere Forderung nochmals eingehend zu prüfen. Zugleich versicherte er uns, bis zum 29. August vormittags das Ergebnis mitzuteilen, um eventuell in weitere Verhandlungen mit uns einzutreten. Auch Herr Rüth gab seine Zusicherung und wollte uns das Resultat ihrer Versammlung schon am 27. August abends mitteilen, was auch wirklich von ihm eingehalten wurde. Durch diese Zusagen sah sich die Bezirksleitung genötigt, den Versammlungsbeschluß abzuändern, und gab bekannt, daß bis zum Montag, 29. August mittags die Arbeit fortzusetzen sei. Die vernünftigen Kollegen gaben dem auch statt, aber einige voreilige Draufgänger glaubten etwas Besonderes leisten zu müssen, und zogen noch eine Anzahl Kollegen mit sich reißend vom Bruchgebiet nach Heppenheim am Montag vormittag. Die Verhandlungen waren dort bereits abgeschlossen, als die Demonstranten vor dem Bureau der Firma Rüth und Reinmuth eintrafen. Dieses voreilige Handeln hat nichts genützt, es wäre besser gewesen, man hätte das Ergebnis der Verhandlung in einer Versammlung ruhig geprüft; sicher wäre mehr dabei heraus gekommen. In der nächsten Bezirksversammlung kommen wir darauf zu sprechen. Wir müssen von den Kollegen schon verlangen können, daß sie den Beschlüssen ihrer Leitung mehr Vertrauen entgegenbringen und Folge leisten, denn wir sind gewiß die letzten, die zum Schaden unserer Kollegen arbeiten. Die Unternehmer sind vielleicht dadurch belehrt worden, daß die Arbeitervertreter nur fordern, was von unseren Kollegen wirklich verlangt wird. Gewöhnlich hören wir es umgekehrt. W.

Leipzig. Am 22. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen zu Ehren des verstorbenen Kollegen Michael Wirth. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß Gauleiter Mühle den bis Mitte September laufenden Tarif gekündigt hat. Auf Antrag wurde einstimmig beschlossen, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 Prozent zu fordern. Kollege Morgenstern gab einen kurzen Bericht über den Streik der Marmorarbeiter. In der Verhandlung am 18. August boten die Unternehmer eine Erhöhung von 40 Pf. pro Stunde, was von unserer Seite abgelehnt wurde. Für die streikenden Marmorarbeiter wurde der Lokalzuschlag von 12 M. pro Woche auf 24 M. erhöht. Gleichzeitig wurde beschlossen, einen Extrabeitrag von 5 M. pro Woche für die Streikenden zu erheben. Die Erhöhung des Beitrages für die Bauarbeiterschutzkommission um 10 Pf. pro Mitglied wurde einstimmig angenommen. Den streikenden Landarbeitern wurden einstimmig aus der Lokalkasse 100 M. bewilligt.

Ehringsdorf bei Weimar. Am 18. August tagte unsere Mitgliederversammlung. Zur Verhandlung stand in der Hauptsache: Lohnbewegung. In der Aussprache behauptete Kollege P. Harz, daß die letzte Tarifverhandlung eine so große Verschlechterung gebracht habe, daß demgegenüber der vor 11 Jahren abgeschlossene Tarif noch als der beste anzusprechen ist (?). Zu verwundern wäre es nicht, denn der Vorsitzende habe jedenfalls in Ehringsdorf auch so gehandelt wie am 7. Juli in Weimar. Der Vorsitzende Kollege Br. Kämpfe wies darauf hin, daß er deshalb der Verhandlungseinladung der Unternehmer gefolgt sei, weil Harz von den Unternehmern in Weimar nicht anerkannt werde. Im übrigen habe er wohl keine größeren Böcke geschossen als Kollege Harz und belegte dieses mit einigen Vorkommnissen bei den Verhandlungen. Im weiteren Verlauf der Versammlung beantragte Harz, die bisherige Zahlstelle Ehringsdorf zu teilen, damit Weimar und der alte Vorort je eine selbständige Zahlstelle sind. Mit 12 gegen 6 Stimmen wurde der Antrag angenommen, dafür stimmten nur die Ehringsdorfer Kollegen. Prozentual nach der Mitgliederzahl wird den Weimarer Kollegen vom Kassenbestand ein Betrag überwiesen, damit sie eine Zahlstelle gründen können. Damit sind nun die Ehringsdorfer Kollegen unter der Regie vom Kollegen P. Harz unter sich und haben nun Gelegenheit, sich andere Verhältnisse unter der Führung zu schaffen. Hoffentlich werden sie nachahmenswert.

Der Bayr. Schottertarif abgeschlossen

Am 30. August wurden in Regensburg die Verhandlungen zur Erneuerung des Bayr. Schottertarifes abermals aufgenommen. Der Reichsarbeitsvertrag für die deutsche Pflaster- und Schotterindustrie wurde in all seinen Teilen anerkannt. Die bisherigen Grundlöhne bleiben bestehen. Die Teuerungszulage, die gegenwärtig 435 % betrug, wird vom 15. August auf 550 % und am 15. September auf 570 % erhöht. In dieser Teuerungszulage sind auch die 20 Pf. pro Stunde, die uns im Mai 1920 durch den Würzburger Schlichtungsausschuß zugesprochen wurden, inbegriffen. Diese Teuerungszulage soll bis 31. Dezember 1921 bestehen bleiben. Sollten sich bis dahin die Lebenshaltungskosten auf Grund der Inderziffern ändern, dann erklären sich beide Parteien zu erneuten Verhandlungen bereit. Die gegenwärtigen Akkordsätze werden im Verhältnis zu den Zeitlohnsätzen ebenfalls erhöht. Die bisherige Kleiderentschädigung für Schmiede, Maschinisten, Schlosser und Schmierer wird von 3 auf 12 M. pro Monat erhöht. Diese Bestimmungen haben für sämtliche Schotterwerke Bayerns Gültigkeit und erklären sich beide Parteien bereit, dahin zu wirken, daß der neue Tarif für allgemeinverbindlich erklärt wird. Soweit die wichtigsten Aenderungen, die bei den Regensburger Verhandlungen vorgenommen wurden. Die beteiligten Zahlstellen erhalten den neuen Tarif im Wortlaut demnächst zugestellt. Wenn auch bei diesen Verhandlungen nicht alle Erwartungen der Kollegen erfüllt werden konnten, so dürfen die Kollegen doch überzeugt sein, daß die Organisation und ihre Vertreter auch in diesem Falle alles getan haben, um unter den gegenwärtigen Verhältnissen das möglichste zu erreichen.

Teuerungszulage für den Bayr. Wald.

Durch den Abschluß der Teuerungszulage im Fichtelgebirge konnten wir endlich auch mit den Unternehmern des Bayr. Waldes in dieser Frage zu einer Einigung kommen. Am 2. September fanden in Regensburg die Verhandlungen statt. Das Ergebnis war folgende

Vereinbarung.

Zwischen der Werksteingruppe und der Pflastersteingruppe des Bayr. Steinindustrie-Verbandes und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, vertreten durch Gauleiter Schmidt, ist heute folgendes vereinbart worden:

Ab 8. August erhöht sich die seitherige Teuerungszulage um 65 Proz. auf 480 Proz.

Ab 15. September erhöht sich der Teuerungszuschlag um weitere 50 Proz. auf 530 Proz.

Die Gültigkeitsdauer wird bis 31. Dezember 1921 festgesetzt. Sollten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich ändern, so erklären sich beide Teile bereit, in neue Verhandlungen einzutreten.

Regensburg, den 2. September 1921

Für den Bayr. Steinindustrie-Verband:
gez.: Direktor Meyer. H. Jahn

Für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
gez. Chr. Schmidt

Mit dieser Vereinbarung für die Kollegen des Bayr. Waldes ist die Teuerungszulagenbewegung für alle Hartsteinarbeiter des 7. Gaues vorläufig zum Abschluß gebracht. Wenn es möglich war, auch im Bayr. Wald zu einer Einigung zu kommen, so nur deshalb, weil die Kollegen geschlossen hinter der Forderung standen und die Verhandlungen dadurch sehr erleichterten. Die Kollegen des Bayr. Waldes werden aus dieser Bewegung die Lehre ziehen: Auch fernerhin diese Geschlossenheit zu wahren! Nur dann wird es möglich sein, allen Aufgaben der Zukunft gerecht zu werden.

Berlin. Die Gruppe Werkstein- und Grabmalbranche hatte sich am 17. August in Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27, versammelt. Wenzel berichtet über die Verhandlungen der Tarifkommission mit den Unternehmern. Anfangs erklärten die Unternehmer brieflich, daß nach ihrer Ansicht nach Abschluß des Tarifes keine wesentliche Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel eingetreten sei und sie deshalb eine Verhandlung für zwecklos halten. Nach erneutem Schreiben der Tarifkommission fanden jedoch Verhandlungen statt. Die Unternehmer boten ohne lange Verhandlung als äußerstes Zugeständnis für Teuerungszulage 10 Prozent auf die bestehenden Löhne ab 15. August. Sollte dies angenommen werden, würden sie in ihrer Vollversammlung dafür eintreten. In der Diskussion kam zum Ausdruck, das Angebot sei zu gering, und da keine Verhandlungsmöglichkeit mehr bestände, müßte das letzte Mittel angewendet werden. Nach längerer Debatte wird jedoch das Angebot in geheimer Abstimmung angenommen. Da der Tarif zum 30. September d. J. abläuft, beschließt die Versammlung einstimmig, den Tarif zu kündigen. Unter Verschiedenem wird zur regen Beteiligung an der Gewerbegerichtswahl und zur Zeichung der Listen für die Rußlandhilfe aufgefordert. — Am 23. August fand im Gewerkschaftshaus eine kombinierte Versammlung statt. Diese beschäftigte sich eingehend mit der Genossenschaftsfrage insbesondere mit dem Problem des Herrn Dr. Wagner, der durch Gründung sozialer Betriebe Etappen auf dem Weg zur Sozialisierung schaffen will. Die Redner betonen die Schwierigkeiten, sind aber der Ansicht, daß diese bei gutem Willen und tatkräftiger Unterstützung überwunden werden können. Der Kommission, die die Vorarbeiten bis jetzt gemacht, wurde Vertrauen ausgesprochen und beauftragt, ihre Arbeiten fortzusetzen, damit endlich durch Selbsthilfe, in der Form der gemeinnützigen Betriebe zum Wohle der arbeitslosen Kollegen und der Gesamtheit, Schritte unternommen werden. Im zweiten Punkt wurde gemäß der kombinierten Versammlung vom 22. Juli über: „Die Forderungen des ADGB. und wie können die zehn Punkte praktisch durchgeführt werden" lange und lebhaft debattiert. Nach Aufforderung durch den Kollegen Holzfäller erläutern die Angestellten ihren Standpunkt in dieser Sache und betonen, daß sie das Menschenmögliche getan haben, praktische Arbeit zu leisten. Die praktische Durchführung der Punkte 6 und 7 könne aber nur unter Mitwirkung der Gesamtheit stattfinden. In dieser Beziehung habe bis jetzt aber alles versagt. Kollege Holzfäller erinnert besonders an die Beschlüsse des letzten Verbandstages über Betriebsräte und Industrieverbände. Er stellt fest, daß vom Zentralvorstand die Beschlüsse nicht ausgeführt worden sind. Die Gewerkschaften können uns nie den Sozialismus bringen. Als Beweis erwähnt er die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat über die Schlichtungsordnung und betont, daß der § 55 mit Hilfe ehemaliger Gewerkschaftsführer Gesetz werden wird. Alsdann darf ein Streik nicht ohne Zustimmung des Schlichtungsausschusses geführt werden. Es muß deshalb eine geschlossene Kampffront gebildet werden, wenn auch die Führer gegen die Einigung sind. An der hohen Zahl der Arbeitslosen sind die Führer mitschuldig. Der ADGB. muß große Versammlungen einberufen und auffordern zum Generalstreik, dann wird die Lösung der Arbeitslosenfrage möglich sein. Die Ausführungen veranlaßten richtige Rededuelle. Weil die Versammlung sich aber durch die vorgerückte Zeit sehr gelichtet hatte, wurde ein Beschluß nicht gefaßt.

Gollnow. Am Sonntag, dem 24. Juli, fand hier eine Versammlung für die Kollegen aus den Orten Gollnow, Naugard, Greifenberg und Treptow a. R. statt. Der Vorsitzende der Zahlstelle Stettin, Kollege Franz, eröffnete sie mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die örtlichen Lohn- und Verbandsverhältnisse; 2. Abschluß eines Bezirkstarifs; 3. Stellungnahme zur Gründung einer Zahlstelle; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 3 wurde einstimmig beschlossen, eine Zahlstelle mit dem Sitz Gollnow zu gründen. Zum Vorsitzenden und Kassierer wurde Kollege Halbritter-Gollnow, zu Revisoren die Kollegen Stüber-Gollnow und Lau-Greifenberg gewählt. Neu aufgenommen wurden drei Kollegen. Hoffentlich werden sich nun die Verhältnisse durch die Einigkeit der Kollegen bessern. Alle zureisenden Kollegen wollen sich erst beim Vorsitzenden Kollegen Halbritter, Gollnow, Stettiner Straße 15, melden.

München. In der am 19. August tagenden Versammlung waren auch die Kollegen Winckler, Siebold und Elsner vom Verbandsausschuß, ebenso Gauleiter Kollege Lohse von Würzburg zugegen. Diese befanden sich auf der Durchreise zum Internationalen Steinarbeiterkongreß in Innsbruck. Der Vorsitzende Kollege Ziemann begrüßte sie im Namen der Zahlstelle. Bei Punkt 1, Teuerungszulage, wurde von sämtlichen Rednern betont, daß unsere Forderung, 2 M. Zulage pro Stunde, das mindeste sei, was man bei der jetzigen ungeheuren Teuerung verlangen und erhalten müsse. Die Arbeitgeber geben selbst zu, daß Teuerung beische, ziehen aber immer die Verhandlungen in die Länge, um Zeit zu gewinnen. Die Vorstandschaft wurde beauftragt, so schnell wie möglich zu trachten, daß die Zulage zur Auszahlung gelangt, denn mit den jetzigen Löhnen kann man nicht mehr bestehen. Kollege Winckler gab ein Bild über die Lage der Steinindustrie. Er betonte, daß sich diese gebessert habe. Die jetzige elementare Teuerung wälze sich über ganz Deutschland und ziehe die gesamte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft. Dies führe naturgemäß zu Lohnforderungen und schweren Wirtschaftskämpfen. Um diese nun bestehen und durchführen zu können, sei es aber unbedingt notwendig, daß die Arbeiter sich einigen und sich nicht wegen politischer gegenseitiger Ansicht bekämpfen und so die Gesamtkraft verlieren. Der Hauptvorstand wird immer bestrebt sein, die Lage der Mitglieder verbessern zu helfen. Kollege Siebold äußerte sich im gleichen Sinn. Er wies darauf hin, daß es gerade unser sechswöchiger Streik zeigte, was Einmütigkeit vermag und den Arbeitgebern Respekt einflöße. Bei Punkt 2, Urlaub, zeigte sich, daß verschiedene Arbeitgeber diesen noch nicht gewähren. Sie suchen immer nach Ausreden. Einige Kollegen erhielten wohl Urlaub, aber die Bezahlung wurde ihnen zum Teil vorenthalten. Kollege Lohse gibt bekannt, daß in Norddeutschland der Urlaub restlos gegeben werde, nur in Süddeutschland treffe das nicht zu. Er empfiehlt in solchen Fällen, das Gewerbegericht in Anspruch zu nehmen. In mehreren Gewerbegerichten Bayerns wurde die Angelegenheit zugunsten der Kläger erledigt. Dadurch kämen die Kollegen zu ihrem Recht. Kollege Elsner gibt in bezug der Bezahlung des Urlaubs noch Aufklärung. Von mehreren Kollegen wurde dringend empfohlen, den Urlaub zur Erholung zu nehmen und sich nicht dafür bezahlen zu lassen. Die Versammlung beschloß nun, um all diese Uebel aus der Welt zu schaffen, die Schlichtungskommission, eventuell das Gewerbegericht anzurufen. — Bei Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegen des Fichtelgebirges sich im Streik befinden. Kollege Siebold berichtete, daß derselbe zugunsten der Kollegen als beendigt betrachtet werden kann, was allgemeine Befriedigung hervorrief. Stark wurde bekrittelt, daß sich die Unsitte einbürgere, daß zugereiste Kollegen in Arbeit treten, ohne sich bei der Ortsverwaltung zu melden. Es wird solchen Kollegen dringend geraten, es nicht zu unterlassen, wenn sie sich Unannehmlichkeiten ersparen wollen. Ferner wurde von der Betriebsrätevversammlung berichtet, daß der Beschluß gefaßt wurde, am Freitag, dem 26. August, im Münchner Kindl-Keller eine Massenversammlung abzuhalten. Nach der Versammlung findet eine Protestkundgebung durch die Stadt statt, um gegen die Teuerung und Regierung Kahr und Pöhner zu demonstrieren. Einem kranken Kollegen und dem Arbeitersamariterbund München wurden aus der Ortskasse je 50 M. bewilligt. Der Vorsitzende der Bildhauer gibt bekannt, daß die Bildhauer am Montag, dem 22. August, wegen Nichtbewilligung ihrer minimalen Forderung in den Streik treten und appelliert an das Solidaritätsgefühl der Steinarbeiter. Die Versammlung spricht den Bildhauern ihre vollste Sympathie aus und wird alles geschehen, um den Streikenden zu ihrem Sieg zu verhelfen. Von einigen Kollegen wird der Wunsch geäußert, daß sich die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband baldigst vollziehen möchte. Den Delegierten zum Kongreß wurde glückliche Reise gewünscht und die Hoffnung ausgedrückt, daß ihre Arbeit und Beschlüsse zum Wohl der Steinarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft ausfallen möchten. Die Tagesordnung war nun erschöpft. Vor Schluß der Versammlung nahm Kollege Winckler noch das Wort. Er dankte zunächst den Münchner Kollegen für den freundlichen Empfang und ermahnte nochmals zur Geschlossenheit. Auf dem Kongreß wird über manches zu beraten sein, was für die Kollegen von Nutzen sein wird. Ebenso soll dort die Internationale wieder mehr befestigt werden. Seine Worte fanden Beifall. Hierauf schloß der Vorsitzende wegen vorgerückter Zeit die gutbesuchte und anregende Versammlung.

Mosheim (Bez. Kassel). Nach längerer Zeit fand endlich für die Zahlstelle eine Versammlung statt. Von zirka 100 Mitgliedern waren bei der Eröffnung nur erst 25 erschienen. Die Interesselosigkeit der Kollegen wächst sich allgemach zu einer empfindlichen Schädigung jedes einzelnen aus. Wenn diese Einsicht erst jedem zum Bewußtsein gekommen ist, dann allerdings dürfte es sicher zu spät sein. Der Zahlstellenvorstand geht leider den Mitgliedern mit gutem Beispiel voran. Um 3 Uhr war die Versammlung angesetzt und um 5 Uhr traf er schließlich ein, worüber die Erschienenen mit Recht aufgeregt waren. In der Zwischenzeit hatte der Betriebsobmann Bericht erstattet. Reichsarbeitsvertrag, Bezirkstarif und unsere Forderung von 25 Prozent Teuerungszulage. Die Firma wollte 10 Prozent geben, die jedoch den Kollegen ungenügend sind. Die übrigen Berufsgenossen unseres Bezirkes haben mehr erzielt. Alles Reden, daß der Verband energischer auftreten muß, ist nicht am Platze, denn der Verband sind die Kollegen selbst, sie

selbst müssen sich auf ihre Macht besinnen, alles andere nützt nichts. Mit der Firma ist nie unter einen Hut zu kommen bei den einfachsten und selbstverständlichsten Sachen. Der Lohn wird hier noch halbmonatlich ausgezahlt. Die Kollegen verlangen mindestens ihren Lohn alle 14 Tage am Wochenschluß. Die Firma lehnt ab. Gewiß soll jeder Arbeiter ein gewisses Streben für seinen Betrieb haben, aber es hat dort seine Grenzen, wo die Firma ganz notwendige Aenderungen ablehnt, wie in diesem Fall und in der Teuerungszulage. Nur mehr Rückgrat, Kollegen, besseren und pünktlicheren Versammlungsbesuch und dann muß das Gefühl verschwinden, als wenn die Firma euch nur aus Gefälligkeit beschäftigt und alle den Arbeiter betreffende Fragen nur so nebenbei erledigt. So steht die Sache nicht! Wir schaffen der Firma die Grundlage zur Existenz und haben zu verlangen, daß wir dementsprechend behandelt und entlohnt werden. Nehmt die Vorgänge und Errungenschaften in den anderen Orten zum Beispiel. Gefühlsduselei für die Firma ist nicht am Platze und macht uns nicht satt.

Wurzen. Nachdem am 22. August im gesamten Bezirk die Arbeit niedergelegt worden ist, setzen die Unternehmer scheinbar alles daran, ihren fraglichen Ruhm als rücksichtslose Menschen aufrechtzuerhalten. Sieben Monate haben wir vergeblich mit ihnen verhandelt, und als am Verhandlungstag, dem Tag des Streikbeginns, einige Betriebe nicht arbeiteten, lehnten sie die Verhandlung ab und verlangten in Herrenmanier, erst muß die Arbeit wieder aufgenommen werden. Sie erklärten auch, mit Vollmacht ausgerüstet zu sein, wie aber diese ausgesehen haben mag, geht aus folgendem hervor. Zwei Tage später hatten die Arbeitgeber Vollversammlung, und dort soll die Hälfte unserer Forderung bewilligt worden sein. Statt nun als verständige Arbeitgeber uns ein Angebot zu machen, schweigen sie. Man will die Arbeiter erst mürbe machen, damit sie sich dann mit dem kahlen Knochen, den man ihnen geben will, zufrieden geben — um das Fleisch für sich behalten zu können. Die Arbeiter sind aber nicht mehr gewillt, mit ihren Kindern nur am Knochen zu nagen, um für andere die Fleischtöpfe zu füllen. Der Kampf wird ein hartnäckiger, das haben wir gewußt, aber er muß uns auch, das werden wir durchzusetzen wissen, die Existenzmöglichkeit wiederbringen. Diese hatte das Gros der Steinarbeiter nicht mehr, stehlen mußten sie, um leben zu können! Wir wissen auch, daß diese Zeilen von den Herren gelesen werden, sehen auch im Geist ihren rücksichtslosen Gesichtsausdruck, doch darauf ist es nicht abgesehen! Vielmehr wird die Arbeiterschaft aus diesem Verhalten lernen, mit derselben Kaltschnäuzigkeit den Kampf zu führen, nur ihr eigenes künftiges Wohl dabei im Auge behaltend. Darum, Kollegen, haltet zusammen, mag auch die Zeit keine angenehme sein. Es geht um unsere Lebensmöglichkeit, um Licht und Luft im Daseinskampf.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Im Bauarbeiterverband hat kürzlich eine Urabstimmung über die Weitererhebung des erhöhten Beitrages bis zum Verbandstag stattgefunden. Von 476 291 Mitgliedern beteiligten sich nur 174 531 an der Abstimmung. Mit „Ja" waren 88 387 Stimmen, mit „Nein" 84 994 abgegeben, ungültig waren 1150 Stimmen; damit ist die Beitragserhöhung beschlossen! Von kommunistischer Seite war eine lebhafte Agitation gegen die Erhöhung entfaltet worden, sie hat jedoch nicht vermocht, die Ablehnung herbeizuführen. Verärgerung und Haß sind immer schlechte Richtlinien, sie machen kurzsichtig, kleinlich und schädigen letzten Endes jene selbst, die Person und Sache nicht auseinanderhalten können.

Freifahrt bei Arbeitsaufnahme nach entfernten Orten. Die Fahrpreisermäßigung für Arbeiter, die Arbeit außerhalb ihres Wohnortes annehmen, ist leider ab 31. März d. J. aufgehoben worden. Der Reichsarbeitsminister macht aufmerksam, daß die sich hierdurch ergebenden Schwierigkeiten durch die Anwendung des § 8 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vielfach behoben werden können. Nach dieser Bestimmung kann dem Arbeitslosen das Fahrgeld aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden, wenn er Arbeit nach außerhalb annimmt. Es soll die Freifahrt auch dann gewährt werden, wenn eine unterstützte Arbeitslosigkeit noch nicht vorliegt, also vor Ablauf der Wartezeit oder unmittelbar nach Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung. Bedingung für Freifahrt ist jedoch, daß Bedürftigkeit im Sinne der allgemeinen Verordnung vorliegt, daß dem Arbeitsuchenden am Ort keine Arbeit nachgewiesen werden kann, daß eine bestimmte Arbeitsstelle nach außerhalb bereits fest vermittelt und der Arbeitsvertrag abgeschlossen ist.

Stand der Erwerbslosigkeit Ende Juli. Im Juli d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich weiter gesunken, nämlich von 315 458 am 1. Juli auf 269 424 am 1. August. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug rund 206 000 (gegenüber 244 000), die der weiblichen 63 000 (gegenüber 71 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Erwerbsloser, stellt sich auf rund 300 000. Das Zahlenbild kommt damit demjenigen vom Juni 1920 wieder sehr nahe. Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat dieses Jahres, dem März, ergibt sich eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 168 000 Zuschlagsempfänger. Die Besserung ist insbesondere auf den Bedarf der Landwirtschaft zurückzuführen, der aber in einzelnen Gegenden bereits wieder abflaut, ferner auf die Entwicklung des Baumarktes, der allerdings der Mangel an gelernten Bauarbeitern Grenzen zieht, sowie auf die fortschreitende Belebung einer Reihe von Industriezweigen, so des Textil- und Bekleidungsgewerbes, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Industrie der Steine und Erden usw. Sonach steht die Besserung des Arbeitsmarktes auf einigermaßen schwachen Füßen, da mit dem Beginn des Herbstes Landwirtschaft und Bauwesen Arbeitskräfte wieder abgeben werden und der lebhaftere Geschäftsgang in der Industrie unverkennbar mit der Abwärtsbewegung der Valuta zusammenhängt. Auch muß bei der Bewertung des ganzen Zahlenbildes immer wieder daran erinnert werden, daß eine sehr große Zahl von Arbeitslosen in den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge, also außerhalb der normalen Wirtschaft, beschäftigt ist, daß die beträchtliche Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden, in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt ist, und daß die deutsche Erwerbslosenstatistik vorläufig überhaupt nur die unterstützten Erwerbslosen erfaßt, nicht aber diejenigen Erwerbslosen, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht erhalten.

Beachtliche Notizen. Die Festsetzung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen nach dem Reichsversorgungsgesetz. Die Neufestsetzung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen nach dem Reichsversorgungsgesetz hat sich, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, infolge verspäteten Erlasses der Ausführungsbestimmungen, dann aber auch infolge einer unzulänglichen Organisation bei den Versorgungsbehörden außerordentlich verzögert. Durch die Verzögerung ist bei den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die auf die erhöhten Gebührnisse dringend angewiesen sind, eine begreifliche Beunruhigung entstanden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich zur Abstellung der Uebelstände mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung gesetzt und diesem entsprechende Vorschläge unterbreitet. Zwei Vorschläge des Reichsbundes haben nunmehr Berücksichtigung gefunden:

1. soll, von Ausnahmefällen abgesehen, der nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz 1906 bei Kriegsbeschädigten festgesetzte Prozentsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit bis zum Tage der Neufestsetzung der Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz maßgebend sein. Ist also z. B. ein Kriegsbeschädigter jetzt 100 Prozent erwerbsbeschränkt anerkannt gewesen und wird die Beeinträchtigung der Erwerbständigkeit bei der Neufestsetzung der Rente auf Grund einer ärztlichen Untersuchung auf 80 Prozent eingeschätzt, so bekommt er für die rückwirkende Zeit eine 100prozentige Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz. Ueber den Vorschlag, zunächst grundsätzlich überhaupt von Untersuchungen abzusehen, um eine weitere Beschleunigung der neuen Festsetzung der Renten zu erreichen, sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen;

2. ist der Vorschlag des Reichsbundes angenommen worden, die Versorgungsämter mehr als bisher mit der Neufestsetzung der Renten zu betrauen. Bis jetzt mußten die Bescheide der Versorgungsämter immer erst die Genehmigung der Hauptversorgungsämter erhalten, bevor sie an die Versorgungsberechtigten gegeben werden konnten. Durch die Uebertragung der Arbeiten auf die Versorgungsämter wird deshalb eine weitere Beschleunigung der Neufestsetzung der Renten erreicht, weil diese ein viel kleineres Gebiet zu bearbeiten haben, wie die Hauptversorgungsämter. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie es dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten auf seine Vorstellungen mitteilt, bereits Mitte Juli die Verbindung mit den Hauptversorgungsämtern wegen der stärkeren Heranziehung der Versorgungsämter aufgenommen.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben. Nach dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 und einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 21. 4. 1920 war bis jetzt auf 25 bis 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer mindestens ein Schwerbeschädigter und auf je 50 weitere Arbeiternehmer mindestens ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen. Diese Maßnahme hat sich bekanntlich als notwendig erwiesen, um die zahlreichen schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer wieder in geeigneten Arbeitsstellen unterzubringen. Der festgesetzte Prozentsatz hat jedoch nicht ausgereicht, um möglichst wieder alle Schwerbeschädigten ins Wirtschaftsleben zurückzuführen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat im Benehmen mit anderen Organisationen deshalb die entsprechenden Schritte unternommen, um eine Heraufsetzung des Prozentsatzes zu erreichen. Nunmehr ist unterm 21. Juli 1921 eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums erschienen, die diesem Wunsch, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem großen Teu Rechnung trägt. Nach dieser Verordnung sind mit Wirkung vom 1. August 1921 von allen privaten Arbeitgebern auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes mindestens 1 Schwerbeschädigter und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen. Ein Ueberschuß von 20 Arbeitnehmern wird dabei vollen 50 gleichgerechnet. Es sind also z. B. künftighin bei 70 Arbeitnehmern 2 Schwerbeschädigte und bei 120 Arbeitnehmern 3 Schwerbeschädigte zu beschäftigen. Bei der Berechnung der Zahl der Arbeitnehmer und Kriegsbeschädigten werden mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich im Bezirk der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken unmittelbar aneinandergrenzender Hauptfürsorgestellen befinden. Dem Wunsch des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, diese Verschärfung der Beschäftigungspflicht auch auf die amtlichen Stellen zu übertragen, ist bis jetzt noch nicht Rechnung getragen worden. Die Reichsregierung will erst Anstellungsgrundsätze für Inhaber von Beamtenscheinen erlassen.

Kommunisten und Genossenschaften. Der Sekretär Kramaroff des „Internationalen Organisationsbureaus der Kooperativen" in Moskau veröffentlicht einen langen schwulstigen Aufruf „an die Genossenschafter aller Länder", in dem die alten Vorwürfe gegen die bisherigen Leiter der Konsumgenossenschaften wiederholt werden. „Unverhüllter Verrat an der Arbeitersache" ist der Gipfel der Anklagen. Es heißt dann weiter:

Alle revolutionären Genossenschafter müssen sich vereinigen und innerhalb jeder Genossenschaft eine revolutionäre Zelle schaffen, die die Rolle eines organisatorischen, propagandistischen und politischer Neutralität als wichtigste Voraussetzung für die weitere Entwicklung einer nach allen Richtungen unabhängigen und selbständigen konsumgenossenschaftlichen Bewegung zu durchbrechen. Nach diesem Beschluß werden erforderlichenfalls politische „revolutionäre Zellen" nach Moskauer Mustern zu behandeln sein.

Dazu wäre nur zu bemerken, daß der Genossenschaftstag in Baden-Baden durch einen mit erdrückender Mehrheit gefaßten Beschluß die Genossenschaften verpflichtet hat, allen in der Genossenschaftsbewegung auftretenden Bestrebungen entgegenzuwirken, die darauf hinausgehen, den wiederholt bestätigten Grundsatz parteiagitatorischen Zentrums spielen soll. Zwischen diesen Gruppen muß innerhalb der Bezirke und des ganzen Landes ein enges organisatorisches Band geschaffen werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Adressenverzeichnis: Der Nummer 37 des Steinarbeiters lag ein solches in neuer Aufmachung bei, für den Gebrauch in der Zahlstelle.

Ausschluß: Auf Antrag der Zahlstelle Jena wurde der Steinmetz Friedrich Wolf wegen Nichtbeachtung der Sperre in Pößneck aus dem Verbande ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Büchlberg. Für den abgebrannten Kollegen Oeller sind nachträglich noch folgende Unterstützungsbeiträge eingegangen, die mit Dank quittiert werden: Ruhmannsfelden 40 M., Aunkirchen 50 M., Tittling 10 M., Röhrenbach 53 M. Zahlstelle Büchlberg.

Adressenänderungen.

1. Gau.

Gollnow i. Pomm. Vors. u. Kass.: Ernst Halbritter, Stettiner Str. 15.

3. Gau.

Berbersdorf. Vors.: Max Rößger, Pappendorf b. Hainichen; Kass.: Otto Flade, Berbersdorf b. Böhrigen.

Weimar. Vors. u. Kass.: Ferdinand Baumgarten, Friedensgasse 16 II.

5. Gau.

Elberfeld. Vors.: Wilh. Stiefelhagen, Weberstr. 30; Kass.: Max Kratzel, Weberstr. 45.

6. Gau.

Raumünzach (Murgtal, Baden): Vors.: Hans Reiter, Kass.: Karl Kohler, beide in Erbersbronn b. Forbach, Gasthaus zum gr. Wald.

Briefkasten.

Einsendungen an die Schriftleitung, die Zahlstellenangelegenheiten behandeln, müssen immer den Zahlstellenstempel tragen. Verschiedene Vorkommnisse in der jüngsten Zeit zwingen die Schriftleitung zur strengsten Beachtung dieser alten Regel. Die Adresse der Schriftleitung ist nicht Königstraße, wo der Druck der Zeitung erfolgt, sondern Gerberstraße 1 IV. Das sollte schließlich den Verbandsmitgliedern bekannt sein.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Rösler, Hugo, Unbezopfte Elektrizitätslehre. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung m. b. H. in Leipzig. Geheftet 24 M., gebunden 30 M.

Seltsamer Titel! Das Buch dürfte in erster Linie dem Volksschullehrer neue Wege für den Unterricht weisen; für ihn finden sich zahlreiche wertvolle Hinweise, die es dem Lehrer ermöglichen, sich die Anteilnahme seiner Schüler an dem auch in der Volksschule in wachsender Erkenntnis seiner Bedeutung gepflegten Unterricht in der Elektrizität zu sichern. Außerdem werden die weiten Kreise unseres Volkes, die der mit dem praktischen Leben aufs engste verbundenen Elektrizitätslehre Interesse entgegenbringen, in dem Rösslerschen Werke eine leichtverständliche und kurzweilige Einführung finden.

Die Seele des Journalisten von A. H. Kobers. Rheinlandverlag Vleugels u. Wolters, Köln, Berlich 33a. Preis 7.50 M.

Ein lesenswertes Heft. Große Berufsfreude, Schwung und Begeisterung führten dem Verfasser die Feder. Journalist sein bedeutet für ihn Reichsein und Mächtigsein, eine Schaustellung seiner Persönlichkeit vor der Menschheit, Größenwahn, Eitelkeit, Kampf mit dem Publikum. Die Freude an seiner Tätigkeit entlockt ihm eine gut gelungene Verherrlichung der Setz- und Rotationsmaschine. Ich-Mensch, Du-Maschine. Zwischen uns wächst die Zeitung. Ich pflanze sie, der Masse reift sie zu. Der Verfasser ist kein Sozialist, hat von allem ein bißchen. Die Parteijournalisten sind nach seiner Auffassung ärmer in ihrer Schaffensfreude, weil sie immer aufs Programm und die Richtlinien stieren müssen. Diese Ansicht ist natürlich eine irrige. Auch ein Parteijournalist kann mit allen Fasern seines Ich an seiner Tätigkeit hängen, durch sein Schaffen sich voll befriedigt fühlen, eben weil er Parteimann ist. Bei all seinem reichen Wirken braucht dieser durchaus nicht mit Programm und sonstigen Richtlinien kollidieren. — Das Buch Kobers haben wir trotzdem mit großem Interesse gelesen, wer sich in „Seele" und „Körper" eines Zeitungsbetriebes mit seinem Drum und Dran vertiefen will, der lese das Buch auch, er hat gewiß Vorteil davon.

Frauen Hausschatz. Verlagsanstalt Auer u. Co., Hamburg, Fehlandstraße 11. Aus dem Inhalt des in seinem ersten Jahrgange vorliegenden gut ausgestatteten Buches heben wir unter anderm hervor: Das Wahlrecht der Frau. — August Bebel. — Die Frauen und der Friede. — Hast Du niemals Heimweh? — Ihr Leben war Liebe. — Frauen in der Gewerkschaftsbewegung. — Mütter und Arbeiterjugend. — Die Frau als Staatsbürgerin. — Die Volksfürsorge. — Vom Arbeiterinnenschutz. — Die Versorgung der Kriegshinterbliebenen. — Der Erlösungsgedanke im Sozialismus. — Neue Haushaltsformen. — Der gute Geschmack im Hause. — Gute und schlechte Bücher. — Ferner gute Unterhaltungsliteratur: Novellen, Gedichte, Sprüche usw.

Wie aus dieser Inhaltsangabe ersichtlich ist, bringt „Der Frauen Hausschatz" eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung. Das Buch sollte daher in keinem Arbeiterhaushalt fehlen. Bereits in der Nr. 22 haben wir das Erscheinen angekündigt.

Der Buchhandelspreis beträgt 8 M. Durch die Organisationen bezogen wird „Der Frauen Hausschatz" zu Vorzugspreisen abgegeben.

Anzeigen

Berlin.

Montag, 12. September, abends 7 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**

Sitzung der Betriebsräte und Obleute.

Jeder Platz und jede Werkstelle muß vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Jeder kann sofort Schriftzeichnen nach meiner Methode!
Aufklärungssendung mit Probe-Alphabet
und Verzierungsblatt Nr. 1. Preis 30 Mark
Schriftzeichnerei Gießen (Hessen), Licherstraße 37.

Tüchtige Marmorpoliseure
stellen ein
Steinwerke Jaminet G. m. b. H., Essen, Töpferstraße 104.

Tüchtige Steinmetzen
auf Sandstein und Muschelkalk bei 7.15 M. Stundenlohn
stellen sofort ein
C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

Tüchtiger Steinmetz
auf Grabsteinarbeit sofort gesucht.
Gebr. Drögeloh, Vlotho a. d. Weser.
Bild- und Steinhauerei, Fernsprecher Nr. 108.

Marmordreher, der auch polieren kann, sowie **Fräser** auf Luxuswaren sofort in dauernde Stellung gesucht.
H. Goller & F. Drießlein: Nürnberg, Rieterstraße 51.

Tücht. Marmorsteinmetz f. Winterarbeit per bald gesucht
J. Buchmanns Nachf., Reichenbach i. Schlesien.

LEDIGER STEINMETZ
für dauernd gesucht. Kost und Logis im Hause.
V. SCHÜTZ, Bildhauer, DETTELBACH A. M.

Suche auf sofort einen tücht. Steinmetz
für Grabsteinarbeiten. Derselbe muß perfekt Schrift zeichnen und hauen können. Die Stellung ist dauernd bei voller Sommer- und Winterarbeit. Stundenlohn 7 Mark.
Carl Kämpen, Leer (Prov. Hann.)

Tüchtiger Granitsteinmetz, ledig, für sofort gesucht
Granit-Werke Kleber & Co., Neustadt (Odenwald).

Marmorsäger
für Vollgatter werden für dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Tüchtiger Granitschleifer
für Denkmäler, welcher auch ev. Marmor schleifen kann, für dauernde Stellung nach Norddeutschland per Mitte September gesucht. Offert. unter Nr. 5 an die Exp. d. Bl.

Steinmetzen für Sandstein stellt ein
C. Menzel, Ruhland.

Wir suchen für sofort **5 Pflastersteinhauer** für unseren Betrieb **Hornberg! — 5 Pflastersteinhauer, 1 Werkzeugschmied und 2 Maschinenbohrer** für unseren Betrieb **Villingen.**
Gute Verdienstmöglichkeit. Schwarzwaldtarif. Preiswerte Kost und Unterkunft bei der Arbeitsstelle. Schotterwerke Bahnanschluß
Südwestdeutsche Hartstein-Industrie GmbH. Haslach
(Badischer Schwarzwald).

4 Steinmetzen gesucht
Arthur Schaper & Co., Tornau b. Roßlau i. Anh.

Wehrs Steinhauerbürsten
Rehbachbleistifte, Maßstäbe
liefert fortwährend jedes Quantum
Georg Wehr, Steinmetz, **Neustadt a. d. Aisch (Bayern).**

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Obermendig** am 4. August der Steinmetz **Paul Heuser,** 20 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Karlsruhe** am 7. August der Granitsteinmetz **Peter Maffioli,** 50 Jahre alt, ertrunken.

In **Kamenz** am 20. August der Brecher **Richard Zeiler,** 21 Jahre alt, Drüsenerweiterung.

In **Königsbrück** am 26. August der Hilfsarbeiter **Otto Richter,** 18 Jahre alt, Zuckerkrankheit.

In **Bunzlau** am 28. August der Hilfsarbeiter **Jakob Robert,** 59 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Strehlen** am 29. August der Brecher **Robert Böer,** 44 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Arnsdorf** (O.-L.) am 30. August der Pflasterteinarbeiter **Gustav Geist,** 66 Jahre alt, Lungenleiden.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.